

# Neustartversuch mit Anlaufproblemen

## Ein zweiter offener Brief zur Investitionsstrategie von "restart Europe now!"

Im folgenden Rundbrief schlieÙe ich meine Überlegungen zur Weiterführung und Verbreitung der Investitionsstrategie von „restart Europe now!“ ab. Zunächst informiere ich die Leser/innen über die bisherige Resonanz auf meinen ersten Brief. Anschließend komme ich auf die mögliche Reichweite der Strategie im Kontext einer europaweiten Korruptionsbekämpfung zu sprechen. Ferner mache ich auf die Herausforderung aufmerksam, dass baldmöglichst in der Öffentlichkeit konstruktive Kampagnen zur Neugestaltung der Europäischen Union durchgeführt werden müssten, die zugleich gegen den in Europa überhandnehmenden Pro-Nationalismus gerichtet sind. Dabei gehe ich auch der Frage nach, wie eine breitere Mobilisierung zustande kommen könnte und welche Aussichten dafür bestünden, wenn sich daran auch Gewerkschaften und ihr Spitzenpersonal beteiligen würden.

Den Briefftext habe ich inzwischen in einigen Details aktualisiert.

Martin Zülch, Bremen, 31.5.2018

*„Wir sind offen für persönliche und sachliche Vorschläge und für engagierte Mitarbeiter, die dem Ziel folgen, die demokratische Legitimation der Europäischen Union, ihren sozialen Zusammenhalt, den wirtschaftlichen Wohlstand aller Bürgerinnen und Bürger und das Engagement des Kontinents für den globalen Frieden zu unterstützen.“*

(Aus dem Gründungsaufruf der Initiative "restart Europe now!" vom Juni 2016)

Bremen, 19.5.2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter für ein solidarisches Europa,

vor zwei Monaten sandte ich Ihnen/dir einen offenen Brief zur „Strategie für mehr Investitionen, mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa“ zu, die von der Initiative „restart Europe now!“ für einen europaweiten Neuanfang entworfen wurde. In dem Brief äußerte ich Bedenken gegenüber der Umsetzbarkeit dieses Konzeptes und stellte die These auf, dass in bestimmten europäischen Regionen die Realisierung dieser Strategie zugleich mit der Vermeidung und Bekämpfung von Korruption bzw. Organisierter Kriminalität einhergehen müsse. Die oben zitierte Absichtserklärung der Initiative bestärkt mich nun darin, mich noch einmal an Sie/dich zu wenden und über die bisherige Resonanz auf mein Schreiben zu informieren sowie die tiefergehenden Beweggründe für meine persönliche Initiative offenzulegen (...).

## **Zu den bisherigen Reaktionen**

Bislang hat nur ein Verfasser der zehnköpfigen Autorengruppe des Strategiepapiers reagiert: *Axel Troost* beabsichtigt die von mir untersuchte Problematik weiterzuverfolgen und hat deshalb meinen offenen Brief in seinem Newsletter vom 1.5. veröffentlicht. Nach Troosts Angaben wird sich voraussichtlich in Berlin eine wirtschaftspolitische Arbeitsgruppe der Rosa Luxemburg Stiftung mit der Thematik befassen.

Ähnlich reagierte auch *Steffen Lehdorff* von der Plattform "Europa neu begründen", der „das Thema, wie die geforderten Investitionen tatsächlich vor Ort wirksam werden können“, für „äußerst relevant“ hält. Deshalb ist der Brief inzwischen auch auf dieser Plattform unter der Rubrik „Debatte“ erschienen:

<http://www.europa-neu-begrunden.de/debatte/>

Ferner hat *Alexandra Schmidtke*, die als sozialpädagogische Fortbilderin in verschiedenen Bremer Einrichtungen berufstätig war und sich besonders im Arbeitskreis „Wachstumswende“ engagiert, zu meinen Überlegungen Stellung genommen (hier im Anhang auf S.13 f.).

Trotz dieser erfreulichen Reaktionen lässt insgesamt die Resonanz auf mein Schreiben zu wünschen übrig. Denn noch niemand ist bislang auf meine Fragestellung eingegangen, wie sich die Strategie von „restart Europe now!“ durch zusätzliche Vorkehrungen absichern und damit auch vor unnötigen Anfeindungen schützen lässt (vgl. Punkt 6 im offenen Brief, S.5f.). Deshalb meine Bitte, sich ggf. ein weiteres Mal mit dem redigierten und für weitere Verbreitungen geeigneten Text über den oben angegebenen Link vertraut zu machen.

## **Persönliche politische Beweggründe**

Die bisherige Zurückhaltung hat wahrscheinlich überwiegend Gründe, die mit der Sache selbst gar nichts zu tun haben. Eines scheint mir aber sicher zu sein: Meine Ausführungen hätten zu etwas mehr Resonanz geführt, wenn sie nicht von einer Privatperson, sondern aus „berufenem Munde“ gekommen wären – etwa von Fachleuten eines namhaften wissenschaftlichen Instituts. Demgegenüber kann ich nur geltend machen, dass ich mich seit mehr als drei Jahren am europapolitischen Diskurs aktiv beteiligt habe und dies vor allem in Form direkter Kontaktaufnahmen zu europapolitisch gleich- oder ähnlich gesinnten Ansprechpartner/innen. Dabei ging es mir immer primär um die Frage, *wie sich öffentliche Willensbildungsprozesse zu den Vorschlägen einer solidarischen Agenda in Gang setzen und dazu gezielt politische Einflussnahmen durchführen lassen.*

## Die Investitionsstrategie im Kontext von Korruptionsbekämpfung

Das Konzept von „restart Europe now!“ gehört zweifellos zum Kernbestand einer solchen Agenda – vor allem deshalb, weil hier *erste notwendige Schritte für einen substanziellen Neubeginn* in Europa vorgeschlagen werden: Die Laufzeit des Investitionsprogramms ist auf einen angemessenen Zeitraum von 5 Jahren begrenzt und soll u.a. mit rund 30 Mrd. Euro pro Jahr aus einem eigenständigen Eurozonen-Budget finanziert werden. Dabei ist vorgesehen, dass sich daran Deutschland jährlich mit 9 Mrd. Euro bzw. 0,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beteiligt. Außerdem soll es so schnell wie möglich umgesetzt werden und knüpft daher an weitere, bereits erprobte Finanzierungsverfahren an, die im Konzeptpapier näher umrissen sind (vgl. S.4., S.7 ff., S.10 in der hier beigefügten PDF-Datei). So enthält das Investitionsprogramm auch einen Finanzierungsvorschlag, von dem „Nicht-Euro-Länder“ profitieren können: durch „eine Darlehensaufnahme der EU-Kommission für einen befristeten Investitionsschub“ in Höhe von 10 Mrd. Euro, mit denen sich vor allem kommunale Investitionsvorhaben auch außerhalb der Eurozone leichter durchführen lassen: „Diese Fazilität (bei Bedarf günstige Kreditmöglichkeit, M.Z.) für die gesamte EU würde also die Fazilität für die Euro-Zone ergänzen oder verstärken.“ (S.8)

<http://restart-europe-now.eu/wp-content/uploads/2017/06/Eine-Strategie-f%C3%BCr-mehr-Investitionen-mehr-Wachstum-und-Besch%C3%A4ftigung-in-Europa.pdf>

Aus diesen Gründen liegt es nahe, die gesamte Strategie gegenüber allen möglichen Bedenken wie etwa dem „populistischen“ Einwand, „damit würde nur das Geld der Steuerzahler verschwendet“, argumentativ abzusichern. Folglich müsste dann aber auch allen möglichen Hindernissen, durch welche der Investitionsplan aushebelt werden könnte, Aufmerksamkeit geschenkt werden – und dazu gehört auch das paradoxe Phänomen, dass die Korruptionsanfälligkeit in jenen Mitgliedsstaaten wie etwa Bulgarien, Rumänien, Griechenland und (Süd-)Italien am stärksten ausgeprägt zu sein scheint, die am dringendsten Investitionshilfen zur Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse benötigen.

Hierbei aber käme es auch darauf an, die Verbreitung von Korruption und Organisierter Kriminalität in Europa, von der in meinem ersten Brief genauer die Rede war, so differenziert wie möglich zu betrachten: Wie kürzlich in einer in LE MONDE diplomatique erschienenen Reportage des in Prag arbeitenden Journalisten *Benjamin Cunningham* zu lesen war, lässt sich inzwischen in Zentral- und Osteuropa auch ein *positiver Trend zur Korruptionsbekämpfung* verzeichnen: Demnach habe sich dort die Transparenz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge erhöht, während man in Brüssel immer noch von einem „korrupten Osten und Süden“ und einem „sauberen Norden und Westen“ ausgehe und diese unsachgemäße Lagebeurteilung aufrechtzuerhalten versuche: Nach Cunninghams Recherchen ist der 2016 fertiggestellte Anti-Korruptionsbericht der EU-Kommission deshalb nicht veröffentlicht worden, weil mehrere westeuropäische Staaten befürchtet hätten, in diesem ebenfalls mit Beispielen für korrupte Praktiken bezichtigt zu werden.

Darüber hinaus macht Cunningham anhand mehrerer Umfrageergebnisse auf das starke Missverhältnis zwischen „gefühlter“ und tatsächlich vorhandener Korruption in Zentral- und Osteuropa aufmerksam und stellt dazu fest, dass viele Menschen aufgrund ihrer stark verzerrten Vorstellungen über das Ausmaß an Korruption und ihrer negativen Erfahrungen mit den Ausbeutungspraktiken westlicher Unternehmen in die Fänge „autoritärer Populisten“ geraten seien. Da man in Zentral- und Osteuropa gemeinhin nicht zwischen illegalen und legalen Praktiken (wie dem Ausnutzen steuerlicher Vorteile durch westliche Firmen) unterscheidet, könnten „populistische“ Kräfte das Unbehagen in der Bevölkerung über eine vermeintlich allgegenwärtige Korruption und die damit sich gleichzeitig verstärkende „Wut über die Doppelmoral der Westeuropäer“ für ihre Zwecke missbrauchen (Cunningham, Gefühlte Korruption, LE MONDE diplomatique April 2018).

<https://monde-diplomatique.de/artikel/!54930424>

Diese Zustandsbeschreibungen können zu weiteren Überlegungen, was die mögliche Reichweite der Investitionsstrategie von "restart Europe now!" betrifft, anregen. Hierzu folgende These: *Wenn Investitionshilfen zunächst kleinteilig und in überschaubaren Zusammenhängen mit zuverlässigen Akteuren durchgeführt und so im Zuge ihrer Verbreitung auch Bestechlichkeiten und kriminellen Machenschaften zurückgedrängt würden, dann könnte auf diese Weise auch den o.g. populistischen Irreführungen allmählich der Boden entzogen werden.*

Dafür aber müssten aus meiner Sicht die Verfasser/innen der o.g. Strategie zumindest einige Ergänzungen in ihrem Konzept vornehmen – etwa in Form von *Zusatzklauseln*, die für *alle* Mitgliedsstaaten gültig sind und in denen Richtlinien zur geforderten Integrität der Empfänger von Fördermitteln und Wirksamkeit öffentlicher Investitionskontrollen angegeben sind, die ebenso bei der Ausschreibung von Investitionsvorhaben wie bei deren Durchführung, Beaufsichtigung und späteren Auswertung einzuhalten sind.

### **Die Neustart-Strategie als Ausweg aus wirtschaftspolitischen Sackgassen**

Nun könnte man all dies vertagen oder gar für unnötig erklären, weil im gegenwärtigen Ränkespiel um die Zukunft Europas und der Währungszone die von "restart Europe now!" angestrebte „Ausgleichsunion“ kaum noch eine Rolle zu spielen scheint. Als Stichworte seien hierzu genannt: das Tauziehen um *Emmanuel Macrons* Reformagenda zur Eurozone und die diesbezügliche Blockadehaltung und mangelnde Einsicht der Bundesregierung in früher begangene Fehler; der Glaubwürdigkeitsverlust des französischen Präsidenten im Zuge seiner Deregulierungsmaßnahmen im eigenen Land; die drohende Rückkehr der Eurokrise nach dem Wahlsieg euroskeptischer Populisten in Italien, deren waghalsige fiskalpolitische Pläne die überfällige Eurozonenreform, wie sie Macron vorschlägt, endgültig torpedieren könnten; sowie nicht zuletzt die Haushaltspläne der EU Kommission und deutschen Regierung, die keine finanziellen Handlungsspielräume für ausgleichende Investitionen zu eröffnen scheinen, mit denen z.B. in Süditalien die Jugendarbeitslosigkeit

keit belächelt werden könnte. Vgl.:

[https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2018/april/macron-en-marche-tauziehen-um-](https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2018/april/macron-en-marche-tauziehen-um)  
<http://www.sven-giegold.de/2018/karlspreis-fuer-macron/> <http://www.taz.de/!5500379/>  
<http://www.taz.de/!5482836/><http://www.taz.de/!5505643/><http://www.taz.de/!5506760/>

Mit alledem dürften sich die Hürden für die Durchsetzung eines Investitionsprogramms in der Eurozone, das verstärkt gemeinschaftlich finanziert wird, erheblich erhöhen und *substanzielle* Zugeständnisse gegenüber den Vorschlägen des französischen Präsidenten kaum noch zu erwarten sein. Zugleich rückt damit die Neugründung einer wirksamen Fiskal-, Transfer- und Sozialunion in weitere Ferne, verstetigt sich die Krisenanfälligkeit des europäischen Währungsraums und dominiert nach wie vor das Nationalstaatsprinzip als weitgehend unangefochtene Richtschnur für einen Großteil künftiger wirtschaftspolitischer Weichenstellungen. Den tieferen Gründen für diesen *andauernden Stillstand* ist im vergangenen Jahr *Mathias Geffrath* in seinem Essay „Wer schützt die Armen?“ nachgegangen. (Von seinem Denkanstoß, ein *Sozialjahr für alle europäischen Jugendlichen* einzuführen, war bereits in meinem vorherigen Brief die Rede).

Geffrath vertritt die These, dass zu einem „solidarischen Europa“, das diesen Namen verdient, der Weg verbaut sei, weil hierfür, die „Herstellung gesamteuropäischer Sozialstaatsstrukturen“ und für eine „Transnationalisierung der Demokratie“ ein maßgeblicher „ökonomischer Treiber“ fehle. Dieses Defizit führt Geffrath darauf zurück, dass die seit der Finanzkrise einsetzende „Abwärts-spirale“ (beim Steuerrecht, Befristung von Arbeitsverträgen, Lohndumping etc.) die Mitgliedsstaaten ganz unterschiedlich in Mitleidenschaft gezogen und separiert hätte, so dass inzwischen nur „ein gemeinsames europäisches Interesse“ übrig geblieben sei, nämlich „die immer noch, im Vergleich zum Rest der Welt, komfortable Ungleichheit Europas mit Geld und Gewalt gegen das eindringende Chaos zu verteidigen“. Ungleiche Handelsbeziehungen, zerstörerisches Wirtschaftswachstum und die Abschottung des Kontinents gegen Migration seien der eigentliche Grund für den „fehlenden Treiber zu einem solidarischen Europa“. Am ehesten könne jedoch ein solcher „Treiber“ noch aus der Bereitschaft erwachsen, dass „wir, die Mittelschichten Westeuropas unsere Erwartungen an Wachstum und Konsum, unseren Lebensstil und unsere Zeitbudgets drastisch korrigieren“, um künftigen Herausforderungen gewappnet zu sein, die da seien: „die Klimakatastrophe abmildern, ökologische Schäden beseitigen, Afrika retten, den Energiewandel forcieren, die Ungleichheit beseitigen, die Arbeitszeit verkürzen ...“ Dazu müsse die EU jedoch eine gleichmäßige und gerechte Lastenverteilung durchsetzen – mit der Konsequenz, dass „die reichen Länder, voran die Deutschen, draufzahlen“. Anderenfalls würden auch in Zukunft die Nationalstaaten das Sagen haben: „Solange keine Fiskal- und Sozialunion das freie Spiel des Kapitals balanciert, solange es zwischen den Regionen unterschiedlicher Produktivität nicht so etwas wie einen ‚Länderfinanzausgleich‘ und für alle europäischen Arbeitnehmer ein einheitliches Arbeitsrecht gibt, bieten nur die nationalen Regelungen Schutz, auch wenn sie schwer unter Beschuss liegen.“

<http://sozui/www.taz.de/!5446484/>

Folgt man diesen Gedanken, so fühlt man sich von einem „solidarischen Europa“ meilenweit entfernt. Andererseits lässt sich mit diesen Überlegungen auch der enorme Stellenwert der restart-Strategie verdeutlichen, wenn man Geffraths Argumentation mit folgenden Merkmalen des Konzeptes in Beziehung setzt:

- *Aspekt Lastenverteilung:* Auch die Verfasser/innen der Investitionsstrategie betonen, dass die „Spaltungen innerhalb der europäischen Gesellschaften“ überwunden werden müssten und „eine Währungsunion mit unterschiedlich leistungsstarken Volkswirtschaften nicht ohne finanzielle Ausgleichsmechanismen überleben kann.“
- *Aspekt Wirtschaftswachstum:* Im Unterschied zum so genannten „Juncker-Plan“ ist in dem Konzept eine weit geringere „Hebelwirkung“ für weitere private und öffentliche Investitionen vorgesehen – mit dem Vorteil, „wesentlich besser zielgerichtete Investitionen in Sektoren und Ländern zu tätigen, in denen solche einen besonders hohen gesellschaftlichen Nutzen hätten“.
- *Aspekt Energiewandel und ökologische Nachhaltigkeit:* Zu den fünf Schwerpunkten des Programms gehört neben der Schaffung neuer Arbeitsplätze, Stärkung des europäischen Zusammenhalts, Überwindung gesellschaftlicher Spaltungen und spürbaren Verbesserung der Lebensverhältnisse auch die „Förderung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere durch Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz“.
- *Aspekt „deutsche Bringeschuld“:* In dem Papier wird ausdrücklich darauf verwiesen, „dass Deutschland vom Euro eindeutig profitiert“ habe und sich daher als „Nettogewinner der EU verstehen“ solle. Man müsse deshalb bereit sein, „mehr in Europa zu investieren als das vereinbarte ein Prozent am europäischen Bruttoinlandsprodukt.“

Im Unterschied zu dieser Argumentation wird jedoch im Strategiepapier nicht das „erreichte Wohlstandsniveau“ hinterfragt, das, wie Geffrath verlangt, „die Mittelschichten Westeuropas drastisch korrigieren“ müssten. So gesehen könnte die „Strategie für *mehr* Investitionen, *mehr* Wachstum und Beschäftigung in Europa“ auch Illusionen über einen Green New Deal bzw. einen mit „beweglichen Grenzen versehenen Ökokapitalismus“ wecken (Ralf Fücks, *Intelligent wachsen. Die grüne Revolution*, München 2013). Aber ebenso bietet das Programm auch Anschlussmöglichkeiten zu Konzepten einer *Wachstumswende*, die sich konsequent an der Maxime „Weniger ist mehr“ orientieren. Bei diesen soll etwa ein partielles Wachstum im Energiesektor, um möglichst schnell einen Ausstieg aus der Kohle- und Atomverstromung zu erreichen, mit einer Verringerung des Energie- und Ressourcenverbrauchs, der Förderung regionaler Produktion und Vermarktung sowie wachstumshemmenden Erzeugung langlebiger Güter und der Wiederbelebung einer „Reparaturgesellschaft“ (Claus Leggewie, *Europa zuerst!* Berlin 2017, S.172f.) verknüpft werden.

## Und nun?

Dieser knappe Vergleich bestärkt mich in der Ansicht, dass die Investitionstrategie von „restart Europe now!“ in zusätzlich präzisierter Form weiterhin eine Schlüsselrolle im Gesamtkonzept einer solidarischen Europapolitik einnehmen könnte. Bislang aber scheint dieses Konzept eher ein „Geheimtipp“ in europapolitisch fortschrittlich eingestellten Fachkreisen zu sein, der noch nicht ans Tageslicht der Öffentlichkeit gelangt ist.

Gründe dafür habe ich bereits angedeutet. Unter den neuen Gegebenheiten – der durch den Brexit neu entstandenen Haushaltsslage in der EU und dem an der „schwarzen Null“ orientierten Etatentwurf der Bundesregierung, besteht vor allem Klärungsbedarf bei der *künftigen Finanzierung* der Strategie. Zu diesem Zweck müssten zunächst aus Expertensicht konkrete Alternativen zu den beiden Haushaltsplänen entwickelt werden.

Hierbei könnte z.B. bei den geplanten *Rüstungsausgaben* angesetzt werden, für die im neuen EU-Etat eine Verdoppelung bis zu 2 Mrd. Euro pro Jahr<sup>1</sup> und im Etatentwurf der Bundesregierung bislang 38,5 Mrd. für dieses Jahr und 41,5 Mrd. Euro für das kommende Jahr vorgesehen sind. Wie man hierzu, bezogen auf die Verteidigungsausgaben *aller* Mitgliedsstaaten, zunächst eine „systemisch“ orientierte Gegenrechnung aufmachen kann, hat unlängst *Sven Giegold* verdeutlicht:

„Die EU-Kommission schätzt, dass 25-100 Milliarden Euro Rüstungsausgaben eingespart werden können, wenn die gleichen Güter gemeinsam statt getrennt von Mitgliedstaaten beschafft würden. Europäische Verteidigungszusammenarbeit muss diese Einsparungen ermöglichen, statt Rüstungskonzernen zusätzliche Gewinne zu verschaffen. Beim Einstieg in den verminten Bereich der Rüstungsindustrie muss die EU-Kommission ihre eigenen Transparenzregeln besonders strikt einhalten.“

<http://www.sven-giegold.de/2018/interessenkonflikte-bei-eu-ruestungsinvestitionen/>

Würde man nun beispielsweise annehmen, dass sich bei einer gemeinsamen Rüstungsgüterbeschaffung nur der *unterste* Betrag der EU-Schätzung in Höhe von 25 Mrd. Euro einsparen lässt, so wäre dieser Betrag nur um ein Sechstel geringer als die 30 Mrd. Euro, die „restart Europe now!“ pro Jahr für Investitionsvorhaben aus einem Eurozonenbudget vorsieht. Allerdings hinkt dieser Vergleich und kann nur eine *Korrelation* bzw. den *Vorteil eines möglichen „Synergieeffekts“* verdeutlichen. Denn hierbei bleibt vorerst unklar, auf welchen Zeitraum sich die gemeinsame Rüstungsbeschaffung erstrecken soll. Außerdem bleiben bei dem o.g. Betrag all jene Mitgliedsstaaten unberücksichtigt, die daran beteiligt sind, aber (noch) nicht der Eurozone angehören und daher (noch) keine Zuwendungen aus dem Eurozonenetat erhalten.

Bei einer alternativen Haushaltsberechnung liegt es nahe, sich auch auf *Deutschlands Krisengewinne* bzw. *Zinersparnisse* aus den vergangenen Jahren zurückzubesinnen und daraus einen

<sup>1</sup> Vgl. TAZ vom 3.5.2018 über den dritten Link auf S.5. In der auf dieser Seite wiedergegebenen Quelle wird ein noch höherer Betrag, 19,5 Mrd. für den Zeitraum von 2021 bis 2027 genannt.

angemessenen Betrag zu ermitteln, der für die Finanzierung des Investitionsprogramms in Frage kommen könnte. Einer neuen Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle zufolge hat der deutsche Fiskus von 2010 bis heute aufgrund der Griechenlandkrise und des dadurch ausgelösten "Sicheren-Hafen-Effektes" mehr als 100 Milliarden Euro an Zinslasten bei der Refinanzierung deutscher Staatsschulden eingespart. Damit würde bei einem kompletten Ausfall der griechischen Schulden gegenüber Deutschland (rund 90 Mrd. Euro) im Bundeshaushalt immer noch ein Gewinn aus der Schuldenkrise in Höhe von 10 Mrd. Euro verbleiben.

[www.handelsblatt.com/...ist-der-grosse-krisen-gewinner/12168460.html](http://www.handelsblatt.com/...ist-der-grosse-krisen-gewinner/12168460.html)

Darüber hinaus wies der Wirtschaftsjournalist und frühere Chefökonom der Financial Times Deutschland, *Thomas Fricke* kürzlich darauf hin, dass die heutige „schwarze Null“ im Bundeshaushalt ohne die vorangegangenen Krisen nicht zustande gekommen wäre:

„Wie die Bundesbank mit neuen Rechnungen bestätigt, musste Schäuble in den vergangenen Jahren alles in allem fast 300 Milliarden Euro weniger für Zinsen ausgeben, als es ohne Finanzkrise und bei normalen Zinsen der Fall gewesen wäre. Hätte es die gruselige Krise bei den anderen nicht gegeben, hätte Deutschland heute auch keine schwarze Null.“

<https://neuewirtschaftswunder.de/2018/04/27/thomas-fricke-fetisch-um-die-schwarze-null-deutschlands-gefaehrliche-haushalts-folklore/>.-

In den kommenden Monaten wird man in Brüssel und anderswo wahrscheinlich zäh über die Reformvorschläge des französischen Präsidenten verhandeln und das Tauziehen um seine Ideen fortsetzen. Damit aber öffnet sich ein „Zeitfenster“, um die Reformstrategie von „restart Europe now!“ als *Sofortmaßnahme* und *Teil eines Gegenentwurfs* zu den höchstwahrscheinlich unzureichenden Übereinkünften zur Neugestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen. Hierbei könnten dann auch die sechs Komponenten einer konsequenten Eurozonen-Reform, wie sie in der Streitschrift *„Europa geht auch solidarisch!“* konzipiert wurden, zur Diskussion gestellt werden – nicht zuletzt mit dem „zugkräftigen“ Argument, dass dazu, zur Vertiefung der WWU, bereits vor sechs Jahren weitreichende Vorschläge von der EU-Kommission erarbeitet wurden, die heute als so genannte *„Blaupause“* gelten.

Wie aber könnte all dies ohne missionarischen Eifer zum Gegenstand öffentlicher Debatten und Willensbildungsprozesse gemacht und eine *informierte Gegenöffentlichkeit* gegenüber der sich abzeichnenden pro-nationalen Hegemonie in Europa hergestellt werden?

Aus meiner Sicht lässt sich bei uns eine größere europapolitische Breitenwirkung – wie sie jetzt erforderlich wäre – „von unten“ nur erreichen, wenn sich mehrere ähnlich gesinnte Akteure zu einem breiteren Bündnis zusammenschließen und ein gemeinsames Konzept für europapolitische



Einflussnahmen erarbeiten würden. Nach meiner persönlichen Erfahrung ist jedoch dazu kaum eine Bereitschaft vorhanden. Derzeit scheinen weder *Attac* noch *Pulse of Europe* (PoE), noch andere Initiativen wie die *Europa Union* oder *DiEM25* in der Lage zu sein, über ihren eigenen Schatten zu springen und eine *gemeinsame* Programmatik sowie ein *gemeinsames Aktionskonzept* zu entwickeln. Ob dazu das Vorhaben von DiEM25 herausfordern könnte, im kommenden Jahr zu den Europawahlen als Partei anzutreten bzw. in verschiedenen Mitgliedsstaaten eigene "Wahlflügel" zu bilden, lässt sich aus meiner Sicht zurzeit nicht vorhersagen.<sup>2</sup>

Wenn aber „alle“ , um es volkstümlich zu sagen, „nur ihr eigenes Süppchen kochen“, steht keine pro- und paneuropäische Bürgerbewegung in Aussicht, die imstande ist, von unten her wirksame politische und ökonomische Maßnahmen zur Entwicklung eines solidarischen Zusammenhalts in Europa einzufordern. Deshalb scheint mir auch trotz der Mobilisierungserfolge von PoE und des zweifellos großen Spektrums pro-europäischer Initiativen (vgl. Leggewie a.a.o., S.195 ff.) die mittlerweile beim Thema „Europa“ geläufige Selbstzuschreibung, als „*Bewegung*“ zu agieren, problematisch, wenn nicht gar irreführend zu sein. Worum es eigentlich gehen müsste, ist, eine solche überhaupt erst in die Wege zu leiten. Darauf hat der UN- und Schweiz-Korrespondent der TAZ *Andreas Zumach* schon vor vier Jahren hingewiesen – in einer kritischen Nachlese zu einem Schweizer Referendum, bei dem es um die Begrenzung von „Masseneinwanderung“ ging und dem damals eine knappe Mehrheit zugestimmt hatte :

„Notwendig ist (...), dass sich Linke, Grüne, GewerkschafterInnen, und alle, die die negativen Folgen der neoliberalen Globalisierung erkannt haben, endlich (...) europaweit (...) auf einige zentrale Forderungen einigen. Und auf eine Strategie sowie gemeinsame Kampagnen, um nicht nur zu Wahlkampfzeiten in der breiten Öffentlichkeit Unterstützung für diese Forderungen zu gewinnen.“

<https://www.taz.de/Archiv-Suche!/5048310&s=Andreas%2BZumach%2BMit%2BBlick%2Bauf%2Bdie%2BEuropawahl/>

Diese dringliche Empfehlung ist m.W. bislang weitgehend ignoriert worden.<sup>3</sup> Denn ihr nachzukommen, bedeutet, dass dazu einflussreichere Personen bzw. Akteure aus öffentlichkeitswirksamen Organisationen die Initiative ergreifen müssten. Wer und welche aber könnten das sein?

---

<sup>2</sup> Diese Einschätzung weicht von meiner wesentlich skeptischeren ab, die ich in der früheren Fassung meines Briefes geäußert habe – siehe hierzu auch meine Anmerkungen in Fußnote 4.

<sup>3</sup> Inzwischen aber mahnt auch *Sven Giegold*, einer der von mir kontaktierten EU-Parlamentarier, in seinem Newsletter vom 25.5.2018 eine solche *zivilgesellschaftliche Mobilisierung* an: „In den nächsten zwölf Monaten brauchen wir eine zivilgesellschaftliche Bewegung für Europa“, die sich dafür einsetzen soll, dass Europa als „soziales und ökologisches Projekt“ weiterentwickelt wird. Vgl.

<http://www.sven-giegold.de/2018/1-jahr-vor-den-europawahlen/>

- *Europapolitisch engagierte Gewerkschaftsmitglieder?*

Dafür würde sprechen, dass bereits vor sechs Jahren der Deutsche Gewerkschaftsbund einen *Marshallplan für Europa* vorgelegt hat, dem die restart-Strategie in vielfacher Hinsicht ähnelt: ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm, das auf zehn Jahre ausgerichtet war und Investitionen in den ökologischen Umbau (Energiewende), in Breitband- und Bahnnetze sowie in soziale Dienstleistungen, Bildung und Ausbildung vorsah.

Außerdem wären die Gewerkschaften mit ihren zahlreichen Untergliederungen und internationalen Kontakten eigentlich der ideale europapolitische Akteur.

Darüber hinaus verfügen die Gewerkschaften mit den *Mai-Kundgebungen* über ein bewährtes Veranstaltungskonzept, das sich für künftige europapolitische Einflussnahmen besonders eignen könnte und an dem sich in gewisser Weise auch die Veranstaltungen von *PoE* orientieren: die Durchführung von Massenkundgebungen in verschiedenen Städten und Gemeinden zum *gleichen Zeitpunkt*, die auch die Möglichkeit zur publikumswirksamen Verabschiedung von Resolutionen und offenen Briefen eröffnen, in denen unter verschiedenen Vorzeichen ein solidarisches Europa eingefordert wird.

- Die Initiator/inn/en von *Europa neu begründen*, *restart Europe now!* und *WeMove.EU*?

Diese drei Initiativen vertreten zwar ähnliche europapolitische Positionen, verfolgen aber sehr unterschiedliche Arbeitsschwerpunkte. Vorstellbar wäre jedoch, dass die beiden zuerst genannten Initiativen sich enger mit der Kampagnenplattform WeMove.EU vernetzen, Kontakt zu dem Team aufnehmen und in koordinierter, evtl. arbeitsteiliger Form gezielte Einflussnahmen vorbereiten und gemeinsam mit weiteren Akteuren durchführen.

- Vertreter/innen aus dem breit gefächerten Spektrum der NGO's: *BUND*, *Deutsche Umwelthilfe*, *Greenpeace*, *German Watch*, *Power Shift*, *Oxfam*, *Ärzte ohne Grenzen*, *Pro Asyl*, *Lobby Control*, *Human Rights Watch*, *Caritas*, *Brot für die Welt*, *Abrüsten statt aufrüsten* u.a.m.?

Dies wäre zwar kein ganz abwegiger Gedanke, weil viele dieser NGO's auch europapolitisch relevante Zielvorstellungen verfolgen und insofern als *Trägerkreis* für ein breiter angelegtes europapolitisches Bündnis (wie bereits 2017 bei der Durchführung der *G20 Protestwelle* in Hamburg) in Frage kommen könnten. Doch lässt sich von den jeweils Verantwortlichen kaum erwarten, dass sie dazu die Initiative übernehmen, weil dies nicht in ihren Zuständigkeitsbereich fallen würde und zudem die Durchführung eigener Recherchen, Arbeitsschwerpunkte und Kampagnen dafür wahrscheinlich keine Zeit lassen würde. Denkbar wäre aber, dass solche Organisationen eine einmal in Gang gekommene Bewegung unterstützen und verstärken.

- Mitglieder des *Instituts Solidarische Moderne (ISM)*, von *Attac* oder gar *PoE*?

Der *ISM* versteht sich als Programmwerkstaat, in der Linke, Grüne, SPD- und Gewerkschaftsmitglieder *über Parteigrenzen hinweg* konkrete politische Alternativen zum Neoliberalismus entwickeln. Insofern wäre es nicht ganz ausgeschlossen, dass hier jemand das „Heft des Handelns“ übernehmen könnte. Allerdings nimmt das *ISM* bei seinen Lagebeurteilungen und Stellungnahmen häufig eine eher theoretisch orientierte Beobachterperspektive ein, von der aus Vorschläge für anstrebenswerte Vorhaben gemacht werden.

Ähnliches trifft auch auf *Attac* zu, eine NGO, die sich prägnante globalisierungskritische Analysen zur Aufgabe gemacht hat und ihre Aktivitäten auf „Großereignisse“ wie den G20 Gipfel in Hamburg oder die Durchführung eines umfangreichen Europa-Kongresses konzentriert, der vom 5. bis 7. Oktober in Kassel stattfinden wird. Beabsichtigt ist hier u.a., „(...) im Geist einer pluralen Mosaiklinken alle Strömungen zu Wort kommen zu lassen, aber vor allem nach gemeinsamen Handlungsmöglichkeiten zu suchen“ (Zitat aus der Veranstaltungsankündigung). Bleibt also abzuwarten, ob auf diesem Kongress eine wirkungsvolle Strategie zu gemeinsamen politischen Einflussnahmen entwickelt wird.

*PoE* hingegen hat im vergangenen Jahr Tausende von Bürger/innen auf öffentliche Plätze gelockt, „für Europa“ begeistert und deren Meinungsvielfalt ein Sprachrohr verliehen, ohne sich dabei selbst programmatisch genauer festzulegen. Damit jedoch läuft inzwischen die Bürgerinitiative Gefahr, sich mit einem „niedrigschwelligen Fähnchenschwenken“ (Ulrike Guérot) zu begnügen und ihre Proteste gegen den ausufernden Rechtspopulismus auf eine „pure Partizipation ohne Repräsentation“ (Mathias Greffrath a.a.o.) zu beschränken – ohne konkrete Forderungen an die Parteien und europäischen Entscheidungsträger zu stellen. *PoE* wird deshalb wohl kaum Anstöße zu einem breiter angelegten Bündnis geben, es bleibt aber die spannende Frage, ob und inwieweit sich die Initiative (oder Teile davon) an einem solchen beteiligen und so zu einer Erweiterung jener pro-europäischen Kräfte beitragen würde, die inzwischen *richtungsweisende* europapolitische Willensbildungsprozesse für erforderlich halten.<sup>4</sup>

<sup>4</sup> In diesem Überblick blieb die *DiEM25*-Initiative unberücksichtigt, weil *DiEM25* erst anlässlich der Europawahlen an die breitere Öffentlichkeit treten wird. Dies ist insofern bedauerlich, als es sich hierbei um eine vom Anspruch her *europaweit* agierende und zugleich *paneuropäisch* orientierte Initiative handelt, die teilweise ähnliche wirtschaftspolitische Ziele wie „restart Europe now!“ verfolgt – vgl.:

<https://diem25.org/europaeischer-new-deal/>. Unklar ist bislang, ob *DiEM25* in Deutschland sich allein oder in Kooperation mit anderen Parteien zur Wahl stellen will. Einige Beobachter/innen wie die TAZ-Journalistin *Anja Krüger* beurteilen eine Wahlbeteiligung von *DiEM25* sehr positiv: „Ob die Bewegung bei Wahlen gut abschneiden wird oder nicht, ist gar nicht so entscheidend. Schaffen Varoufakis und seine MitstreiterInnen es, der Diskussion um die Zukunft Europas neue, positive Impulse zu geben, ist das ein enormer Erfolg. Und wer weiß, vielleicht springt der Funke ja sogar über. In Deutschland fehlt eine politische Kraft, die ohne Wenn und Aber für ein geeintes, gerechtes Europa eintritt (...)“ Vgl. <http://www.taz.de!/5506066/>

Fazit: Das Ergebnis dieser fiktiven „Allroundumfrage“ stimmt nicht gerade optimistisch. Aber vielleicht stecken in ihr auch Denkanstöße. Denn ausgehend von einigen wenigen Anhaltspunkten auf spezifische Einstellungen zu schließen, lässt politisches Querdenken und Kreativität, den "subjektiven Faktor" und nicht zuletzt Erfahrungswert außer acht, dass negative Vorhersagen aufgrund ungeahnter Entwicklungen oft nicht so eintreffen, wie man sie sich zunächst vorgestellt hat.

Lassen wir uns also überraschen!

In diesem Sinne mit freundlichen und solidarischen Grüßen

Martin Zülch

## Anhang

### Antwort von Alexandra Schmidtke vom 18.4.2018

Hallo Martin,

Du hast Dir ja eine Meinung zu Deinen Ideen bezüglich Europa gewünscht. Nun muss ich sagen, dass ich nicht die Expertin bin und Europa nicht mein Schwerpunktthema ist. Ich kenne auch nicht die Strategie von restart-europe-now. Umso erhellender waren Deine beiden Texte für mich. Vielen Dank dafür. Text Italien: dass Italien eine wichtige Rolle in Europa spielt und das Land hoch verschuldet ist, wusste ich zwar schon, aber die Aufschlüsselung mit Statistiken und die Herstellung der Zusammenhänge hast Du sehr deutlich dargestellt.

Nun aber zu deinen Vorschlägen:

1. Austeritätspolitik: Du schreibst mit Zitaten von Habermas und Giegold, dass die Austeritätspolitik ein Ende haben muss und nur mit Italien Reformen zu machen sind. Dem kann ich nur zustimmen, aber mir ist nicht klar, warum diese Politik nicht aufgegeben wird. Bei Griechenland erschien es mir wie ein Messen mit einer neuen linken Regierung, wo Deutschland keinesfalls den Kürzeren ziehen wollte. Aber wenn Italien so wichtig für Europa ist, müsste doch spätestens jetzt eingelenkt werden. Gibt es dazu Ideen, wie dieser Kurs beendet werden kann?
2. Reformprojekte Süditalien: die Idee von Bofinger einen kommunalen Schwerpunkt zu setzen und damit zu einer stärkeren Identifikation der Bürger\*innen mit Europa zu kommen, hört sich aus meiner Sicht sehr spannend an, ebenso die Idee zu der Gewinnung von Handlungsspielräumen. Allerdings beschreibst Du in Punkt 4, wie chaotisch in Süditalien mit Geldern umgegangen wurde, hinzu kommt noch die Mafia-Organisation „Ndrangheta“. Da dachte ich nur, wie vertrackt das alles ist. Hat man da je eine Chance dem Herr zu werden? Denn wenn man überlegt, dass der Journalist Ján Kuciak mit dem Leben bezahlt hat, weil er zu tief ins Wespennest gestochen hat, da fürchte ich, sind die Strukturen zu fest gefahren, um sie mal eben aufzubrechen.
3. Ja, eine „öffentliche Kontrolle“ ist dringend notwendig, wenn man um diese Besonderheiten der Region weiß. Und dafür ist aus meiner Sicht Deine Idee genau richtig, Fachleute aus der EU einzusetzen, die sich genau mit den Investitionsvorhaben auskennen und deren Durchführung sorgfältig überwachen sowie sich ein Bild über die Akteure vor Ort zu machen. Leider, muss man sagen, ist das notwendig. Denn sonst wird das Geld immer wieder versickern und nichts geschieht.
4. In Deinem Text mit Zitaten von Habermas wurde mir noch einmal deutlich, wie dringend Reformen in Europa notwendig sind. Deine zusammengestellten Ideen sind nicht unrealistisch und

umsetzbar, wenn man es wollte. Die Idee, dafür alle pro-europäischen Kräfte zu vernetzen, finde ich großartig. Aber wie soll es gehen? Leider scheitert solch ein Vorhaben immer wieder, weil man sich an irgendeiner Stelle nicht grün ist. Aber vielleicht benötigt man einen langen Atem und ein „dran bleiben“, um deutlich zu machen, dass der Preis zu hoch ist, wenn Reformen nicht gelingen.

5. Einen Schwerpunkt auf Jugendarbeitslosigkeit zu setzen halte ich für sehr wichtig. Die Jugend ist die Zukunft. Die Idee eines europäischen Sozialjahres finde ich super. Junge Menschen bekommen Einblick in andere europäische Länder und deren Menschen. Dadurch könnte mehr und mehr ein tatsächliches Zusammenwachsen stattfinden.

Also für mich klingen Deine Ideen sehr einleuchtend und logisch. Ich habe mir die Seite von [restart-europe-now](#) mal angeschaut. Dein Text ist eine Ergänzung zu dem Strategiepapier. Es wäre von daher gut, wenn Deine Überlegungen dort einfließen könnten. Ich kann Dir allerdings nicht sagen, ob Du wesentliche Aspekte vergessen hast, das können wohl eher die „Europakenner\*innen“. Ich hoffe, Sie haben sich mal gemeldet, denn sie sind ja zum Teil auch die Macher\*innen von [restart-europe-now](#). Da sollten sie doch ein Interesse daran haben, sich mit zusätzlichen Überlegungen auseinanderzusetzen.

Das Thema Europa ist sehr vielschichtig, wenn man an die Besonderheiten jedes Landes denkt. Glaubst Du daran, dass Europa es schafft, Reformen einzuleiten? Werden sich die pro-europäischen Kräfte zusammenschließen und genügend Druck ausüben?

Ich wünsche Dir nun einen schönen sonnigen Tag.

Viele Grüße

Alexandra